

hellsichtige Urteil zurückzuführen sein, etwa seine Ablehnung der Akademisierung der SPD im Allgemeinen und speziell des späteren Landesvorsitzenden Jochen Steffen.

So bleibt nach der Lektüre der lesenswerten Biographie von Meik Woyke der Eindruck haften, dass es sich bei Albert Schulz um einen letztlich Gescheiterten handelt, der aufgrund der Umbrüche der deutschen Geschichte unter seinen Möglichkeiten blieb und bleiben musste, der aber diese Entwicklungen mit einer vorbildlichen Haltung ertragen und getragen hat, die der von ihm wenig geliebte Jochen Steffen in seiner Traueransprache 1974 als „verhalten leidenschaftliche Opferbereitschaft“ charakterisiert hat.

Bernd Braun

Antiparlamentarisches Denken in den 1920er Jahren

Ricardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 67, hrsg. von Dieter Dowe u. Michael Schneider) Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2005, 535 S., 38,00 €.

Die Ausgangsthese von Ricardo Bavaj ist, dass „neben dem rechten [...] auch das linke antiparlamentarische Denken“ dazu beitrug, dass sich „in der zerklüfteten politischen Kultur Weimars kein liberal-demokratischer Grundkonsens bilden konnte“ (S. 7). „Weimar wurde von rechts zerstört. Zumindest vornehmlich von rechts. Doch auch von links suchten extremistische Kräfte, der ersten deutschen Demokratie ein Ende zu bereiten“, heißt es zwei Seiten weiter. Und auf S. 16 kann man noch einmal lesen, dass auch der linke Antiparlamentarismus zum Untergang der Republik beitrug und dies auch angeblich „von den meisten Historikern akzeptiert“ werde. Es fehle aber bislang „eine systematisch-analytische Gesamtschau dieses Phänomens“. Diese nun will Bavaj liefern, gewissermaßen in zwei Paletten: Teil 1 ist dem „linken Antiparlamentarismus in der Weimarer Parteienlandschaft“ gewidmet, Teil 2 befasst sich mit dem „linken Antiparlamentarismus im Weimarer Kulturleben“, denn auch „der linksextremistisch orientierte Kulturbetrieb leistete den Aversionen gegen den Parlamentarismus Vorschub“ (S. 18).

Das Demokratie-Verständnis des Verfassers, wie er es als Hebel für seine systematisch-analytische Gesamtschau einsetzt, ist normativ konzipiert: Demokratie hat liberal-pluralistisch, repräsentativ-parlamentarisch zu sein, und dies trifft – aus verfassungsrechtlicher Perspektive – für die Weimarer Republik zu. Die identitär-partizipative Auslegung der Demokratie steht bei Bavaj ohnehin unter Totalitarismus-Verdacht. Deshalb geht es ihm ausdrücklich nicht um die Analyse des antidemokratischen Denkens, sondern um die des Gedankenguts auf der Linken. Dieser normative Ansatz wird verschränkt mit dem Vorwissen über das, was „links“ ist, was Bavaj „linksradikal“, „links-extremistisch“, „linkssozialistisch“, „Linkssozialismus“, „radikale Linksopposition“, „extremistische Linksintellektuelle“ nennen zu können meint, wer als ein „wichtiger Theoretiker“ (in diesem Fall Max Adler) in diesem Spektrum oder als eine „verhältnismäßig einflussreiche Gruppe“ (so die Jungsozialis-

ten) gelten kann. Und er weiß auch, dass „die Arbeiterschaft“ die reine Räte­demokratie wollte. So geraten dann das räte­demokratische Denken sowieso, aber auch Kurt Eisner, Max Adler, Gustav Landauer und viele andere Linke in sein Visier, und natürlich fehlt auch der 18jährige Herbert Frahm nicht in diesem Reigen (S. 232). Sie alle werden als Mitläufer einer in vielen Varianten auftretenden, antidemokratischen und kommunistischen Diktatur des Proletariats fixiert.

Bavajs Ausführungen werden überbordend mit Zitaten anderer Autoren und durch Berufungen auf sie ausgeweitet und damit oft redundant. Vergewisserungen, die nicht selten zu registrieren sind, ersetzen die eigenständige Analyse; H.A. Winkler, Gerhard A. Ritter, Horst Möller, Kurt Sontheimer lassen öfter grüßen (Ernst Nolte kommt aber nicht vor). Gegen dieses Verfahren, Massen von Literatur zu verarbeiten und vorgegebene Interpretationen als Belege zu verwenden, ließe sich bei einer Dissertation vielleicht noch nicht einmal allzu viel einwenden, würde es den Text nicht fast unleserlich machen: Kaum ein Satz ohne Fußnote und manchmal ist es nicht nur eine. Weniger wäre wirklich mehr gewesen. Stattdessen wünscht man sich einerseits mehr Differenzierungen und andererseits stärker akzentuierte Zusammenfassungen.

Sieht man von der KPD ab werden überwiegend kleinere Gruppen ‚dingfest‘ gemacht: SyndikalistInnen, AnarchistInnen, PazifistInnen, Partei-Splittergruppen, Bünde und Vereine, alles zahlenmäßig ‚Leichtgewichte‘: die SAPD z.B. hat in ihrer Blütezeit gerade einmal 25.000 Mitglieder aufbringen können, bei Bavaj klingt das so, als ob sich mindestens die halbe SAJ der Partei angeschlossen hat, die bei den Reichstagswahlen im Juli und im November 1932 gerade einmal 0,2 % der Wählerstimmen erreichte, und natürlich kein parlamentarisches Mandat. Der ISK, der vor 1933 nicht viel mehr als eine elitär-antidemokratische Sekte gewesen ist, hatte ungefähr 300 Mitglieder fest organisiert und einen Freundeskreis von etwa 1000 Menschen. Mit anderen Worten: die Wirkungsgeschichte der Kleingruppen wird überhaupt nicht transparent, ihre Einflussmöglichkeiten werden nicht solide abgeschätzt. Vielleicht ist dies methodisch gar nicht möglich. Aber dann hätte der Verfasser eben seine überdimensionierte „Gesamtschau“ so abgeben müssen, dass sie nicht suggeriert, Rechts- und Linksradikalismus müssten einander dann doch wohl gleich sein.

Zwar verweist Bavaj eingangs und an anderer Stelle im Text nochmals darauf hin, dass der Weimarer Parlamentarismus vorbelastet, pathologisch, krank war und erodierte. Er räumt auch ein, dass es nicht einfach sei, bei den vorgefundenen Aussagen jeweils zu unterscheiden zwischen einem prinzipiellen Antiparlamentarismus und der Kritik an der mangelnden Funktionsfähigkeit der „parlamentarischen Demokratie“ der Weimarer Republik (S. 65). Er kann namentlich in Teil 2 zeigen, dass diese Kritik sich seit Mitte der zwanziger Jahre radikalisierte, und zwar in dem Maße, in dem sich die Weimarer Republik von ihren Ursprungsentwürfen entfernte und große Teile der deutschen Linken sich enttäuscht von der Republik abwandten und ihren Kampf gegen die „Herrschaft der Bourgeoisie“ in einer „kapitalistischen Scheindemokratie“ (so Kurt Hiller) und „gegen die Faschisten aller Schattierungen“ begannen. In dieser Situation erweist sich die Kategorie des linken Antiparlamentarismus als nicht mehr historisch-analytisch ausreichend relevant. Nun galt, was Ernst Toller auf die zutreffende Formel brachte: Die Republik habe „alles vergessen und nichts

gelernt“, die Reaktion habe „nichts vergessen und alles gelernt“, sei „heute klüger als ehemals“ und „einiger als die Linke“.

Das bisher Gesagte gilt auch für den zweiten Teil der Untersuchung. „Die Weimarer Linksintellektuellen“, so befindet der Autor, „zahlenmäßig sehr klein, stießen auf die größte Resonanz“ (S. 259). Woran misst er das wohl? Den „extremistischen Linksintellektuellen“ war nach seiner Auffassung gemeinsam ein Politikverständnis, das den Bedingungen einer parlamentarisch-repräsentativen Republik „teilweise“ widersprach (S. 260). Sie waren wirklichkeitsfern und unfähig, Politik als Kunst des Möglichen zu begreifen (S. 262). Doch jenseits solcher Generalurteile gelingt dem Autor in diesem Teil, in dem er dicht an den Quellen arbeitet, ein großes Maß an Differenzierung der linksintellektuellen Positionen. Die Abschnitte etwa über Erich Weinert, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky, Kurt Hiller und Ernst Toller sind überzeugend ausgefallen und entschädigten die Rezensentin für manchen Frust im ersten Teil. Überhaupt soll nicht vergessen werden darauf hinzuweisen, dass der Verfasser eine beeindruckende Fülle an Gelehrsamkeit ausbreitet, von der auch der nicht wenig hat, der dem Verfasser in seinen Grundpositionen nicht folgen kann.

In seiner Schlussbetrachtung wagt Bavaj dann doch den direkten Vergleich zwischen Rechts- und Linksradikalismus. Zwar wiederholt er, dass Weimar „vornehmlich von rechts zerstört“ wurde. „Diese evidente wie fundamentale Tatsache sucht auch die ausführliche Darstellung der linksextremen Gedankenwelt nicht in Frage zu stellen. Vielmehr plädiert diese Arbeit dafür, dass die Extreme zueinander in Beziehung gesetzt und in ihrer fatalen Dialektik gesehen werden sollten“ (S. 490). Tut man das, so ergeben sich nicht nur Übereinstimmungen in dem, was Bavaj Antiparlamentarismus nennt, links eben ein bisschen weniger als rechts verantwortlich für das Ende der Republik, sondern fundamentale Unterschiede, ja, Gegensätze. Für die Weimarer Rechte, sie muss noch nicht einmal radikal oder extremistisch gewesen sein, war der Antiparlamentarismus Bestandteil der prinzipiellen Ablehnung jeder Demokratie, sei sie nun repräsentativ-pluralistisch oder identitär-partizipativ begründet, und dieses antidemokratische Denken mündete in den Nationalsozialismus. Für die Weimarer Linke, sie mag radikal oder sogar extremistisch genannt werden können, blieb selbst in der Perversion dieses Denkens ein Rest von utopisch-emanzipatorischem Anspruch versteckt, und *der* Feind war für dieses Denken der Nationalsozialismus.

„Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus“ ist eben eine „falsche Gleichung“. Das weiß man nicht erst seit den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts, als der Autor noch gar nicht auf der Welt war. Man hätte es ihm sagen müssen. Wer wohl? Sein Doktorvater Klaus Hildebrand oder seine Lektoren...

Helga Grebing